

Kein Grund zum Feiern

Wer im Internet die Ausländerbeauftragte sucht, findet die Seite der Integrationsbeauftragten. Das Amt wurde mit Beginn der laufenden Legislaturperiode im Jahr 2002 umbenannt, „Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration“ heißt es offiziell. Die Veränderung der Schwerpunktsetzung auf Integration ist erstens begrüßenswert und kommt zweitens mindestens zwei Jahrzehnte zu spät. Ein Memorandum des ersten Ausländerbeauftragten, Heinz Kühn, aus dem Jahr 1979 hatte nämlich nahegelegt, Integration in den Vordergrund des politischen Handelns zu stellen.

Das so genannte Kühn-Memorandum erschien vor genau 25 Jahren, im September 1979. Der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident hatte ein Jahr zuvor sein Amt als Ausländerbeauftragter angetreten. In dem Memorandum „Stand und Perspektiven der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in den Bundesrepublik Deutschland“ bilanzierte Kühn die Entwicklung der Arbeitsmigration und kam zu dem lapidaren Schluss, dass Deutschland „faktisch ein Einwanderungsland“ sei. Die Erwartung, dass die Mehrheit der ArbeitsmigrantInnen zurückkehren werde, sah Kühn als Selbsttäuschung an. Daraus müssten Schlussfolgerungen für die Politik gezogen werden.

Dies widersprach nun diametral den gängigen Aussagen der Politik.

„Deutschland ist kein Einwanderungsland“ war das Credo praktisch aller politisch Handelnden. Und was Integration angeht, zielte man auf „Integration auf Zeit“. Die Kultusminister hatten dies als Zielvorgabe für den Umgang mit Kindern der ArbeitsmigrantInnen gemacht und strebten gleichermaßen eine „Förderung der Rückkehrfähigkeit“ an. Dagegen wurden im Kühn-Memorandum Förderprogramme gefordert, damit die zweite Generation in Bezug auf schulische und berufliche Bildung, Arbeit und Wohnen den BundesbürgerInnen nicht nur formal, sondern auch real gleichgestellt ist. Im Hintergrund stand auch die Idee, sich an den Integrationsprogrammen für Spätaussiedler zu orientieren.

Das Kühn-Memorandum ging aber noch weiter und forderte, Integration durch eine politische Partizipation zu fördern und zwar durch die Schaffung eines kommunalen Wahlrechts für AusländerInnen. Daneben sollte die zweite Generation sich entsprechend dem so genannten Optionsmodell für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden können.

Heinz Kühn – der durchaus nicht nur als positiv zu bewertende Positionen vertrat – hat mit dem Memorandum einen ausgeprägten Sinn für Realitäten unter Beweis gestellt. Sein klares Bild wurde aber sehr schnell durch argumentative Nebelkerzen unkenntlich gemacht. Aus der Debatte um not-

wendige Integrationsmaßnahmen des Staates wurde sehr schnell ein Ablenkungsdiskurs um Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit der Zuwanderer. Den einen wurde Integrationsunfähigkeit unterstellt, weil sie aus einem anderen Kulturkreis kamen – so Alfred Dregger (CDU) –, den anderen Integrationsunwilligkeit, weil sie nicht bis zur Unkenntlichkeit eingedeutscht werden wollten. Integration wurde nämlich blitzschnell mit Assimilation übersetzt. Unter der Hand kam der eigentliche Adressat einer Ausländer- oder Integrationspolitik – nämlich die Zuwanderer – abhanden.

Erst mit der Bildung der rot-grünen Koalition 1998 wurde – wenn auch mit reichlich Zaghaflichkeiten – begonnen, umzusetzen, was das Kühn-Memorandum vorgeschlagen hat.

Alles in allem: 25 Jahre Kühn-Memorandum ist kein Grund zum Feiern. Es wäre einer gewesen, wenn wir heute sagen könnten: Sieh mal, ganz interessant, aber reichlich überholt.

Das Kühn-Memorandum wird vor allem in Fachkreisen immer wieder einmal erwähnt. In den Bibliotheken aber ist es schwer zu finden und im Internet gar nicht. Zumindest Letzteres ist jetzt vorbei. Auf der Seite des Bereichs Migration & Qualifizierung steht es unter www.migration-online.de/kuehnmemorandum

ZAHLENWERK

Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer, Deutsche (ohne Spätaussiedler). Anteile nach Ausbildung in Prozent

	SpätaussiedlerInnen			AusländerInnen			Deutsche		
	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	60,6	59,7	59,0	75,8	73,3	72,5	31,1	29,5	28,4
mit abgeschlossener Berufsausbildung	39,4	40,3	41,0	24,2	26,7	27,5	68,9	70,5	71,6
davon:									
betriebl. Fachschule	20,8	20,6	20,6	16,2	17,8	18,4	58,9	60,0	60,6
Berufsfach-/ Fachschule	12,2	12,3	12,2	3,3	3,2	3,2	5,1	4,9	4,9
Fachhochschule	1,0	1,6	2,0	1,0	1,4	1,5	1,5	1,9	2,2
Hochschule	5,4	5,8	6,1	3,7	4,4	4,4	3,3	3,7	3,8



Erfolgsgeschichte

„Der Interkulturelle Rat setzt sich für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Einheimischen, Zugewanderten und ethnischen, kulturellen und religiösen Minderheiten ein. Er fördert den interkulturellen Dialog, um Ängste und Vorurteile abzubauen“, heißt es in der ersten Presseerklärung des Interkulturellen Rats (IR), sechs Tage nach der Gründung, die am 30. August 1994 vollzogen wurde.

Ziel war es einen Verein entstehen zu lassen, in dem Menschen aus kommunalen und staatlichen Organisationen, Migranten- und Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Medien, Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Gruppen durch ihre Arbeit den gesellschaftlichen Dialog voranbringen.

Die erste Kampagne des IR war 1995

eine Unterschriftenaktion mit dem Titel „Gleiche Rechte für alle“. Sie hatte zum Ziel, das kommunale Wahlrecht für jedermann einzuführen.

Am 21. März 1995, zum Tag der UNO zur Überwindung von Rassismus, wurde eine erste bundesweite Plakataktion mit dem Namen „Rassismus macht einsam“ durchgeführt. Seitdem gab es regelmäßig Kampagnen und Aktionen zum Antirassismustag. Mittlerweile wurde dieser Tag in Deutschland zu einer ganzen Antirassismuswoche ausgebaut.

Obwohl ein Großteil der Arbeit aus politischer Lobbyarbeit besteht, kann der IR auf einige erfolgreiche Projekte verweisen. Beispielsweise erhielt der „Kurdisch-Türkisch-Deutsche Dialog“ 1997 den Förderpreis Demokratie Leben des Deutschen Bundestages. Das

Projekt „Fremdsein im Dorf – Interkulturelle Arbeit auf dem Lande“ wurde mit dem Innovationspreis 2000 der Europäischen Kommission gewürdigt.

Zum zehnjährigen Jubiläum wird der IR eine Gesamtbilanz veröffentlichen, die im Netz unter www.interkulturellerrat.de herunter geladen werden kann.

Berichtigung dot com

In der August-Ausgabe von Forum Migration haben wir über den Start des Projekts Versus berichtet, das zum Ziel hat, die Ausbildungssituation junger ItalienerInnen in Deutschland zu verbessern. Bei der Angabe der Internetadresse ist uns leider ein Fehler unterlaufen.

Hier die richtige: www.versus-online.com

Schule und Migration

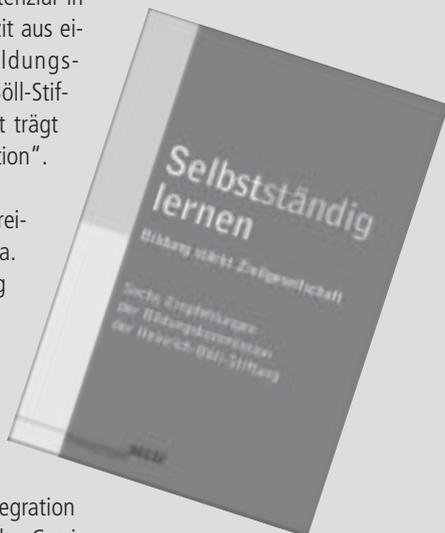
„Statt allen Partizipation und sozialen Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen, scheint das deutsche Schulsystem eher einen Prozess der ethnisierten Unterschichtung zu befördern, der erhebliches Konfliktpotenzial in sich birgt.“ Dies ist ein Fazit aus einer Empfehlung der Bildungs-kommission der Heinrich-Böll-Stiftung. Der 33seitige Bericht trägt den Titel „Schule und Migration“.

Ausgehend von einer Beschreibung des Ist-Zustands – u. a. Zahl und Zusammensetzung der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Bildungssituation dieser Gruppe – werden Bildungseinrichtungen in Bezug auf ihre Förderung von Integration untersucht. Das reicht von den Curricula über Schulkultur bis zum Sprach-

erwerb. Bei Letzterem müsse gleichzeitig der Erwerb der Verkehrssprache hohe Bedeutung zugemessen sowie differenzierte Konzepte für Mehrsprachigkeit entwickelt werden.

Dem Thema Spracherwerb ist daneben ein eigenes Kapitel gewidmet.

Aus der Analyse werden dann Empfehlungen abgeleitet. Eine davon lautet: Damit die Realität der Einwanderungsgesellschaft widerspiegelt wird, braucht das Land mehr Personal mit Migrationshintergrund in vorschulischen Einrichtungen und Schulen.



Die Empfehlung „Schule und Migration“ kann im Internet herunter geladen werden unter: www.migration-online.de/schule

Gedruckt ist sie erhältlich als Teil des Buches Heinrich-Böll-Stiftung und Bildungs-kommission der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Selbstständig lernen Bildung stärkt Zivilgesellschaft. Beltz Verlag. Weinheim 2004.

Die Themen

Seite 1

25 Jahre Kühn-Memorandum
Kein Grund zum Feiern

ZAHLENWERK

Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer, Deutsche (ohne Spätaussiedler)

Seite 2

Zehn Jahre Interkultureller Rat
Erfolgsgeschichte

Empfehlungen der Böll-Stiftung
Schule und Migration

Seite 3

Konferenz des Internationalen
Arbeitsamtes
Aktionsplan für ArbeitsmigrantInnen

Einbürgerungskampagne des
Paritätischen Wohlfahrtsverbands NRW
Mitmachen

Angebote des Bereichs
Migration & Qualifizierung
Einbürgern

FEIERTAGE

Seite 4

KOMMENTAR
von Tuan Ta Minh, Vorsitzender von
Diên Hồng e.V.
Integrations-Impressionen aus
Nordost-Deutschland

Bereich Migration & Qualifizierung
Internet-Newsletter boomt

Aktionsplan für ArbeitsmigrantInnen

Jedes Jahr verlassen Millionen von Menschen ihre Heimat und überqueren nationale Grenzen auf der Suche nach Arbeit und sozialer Sicherheit für sich und ihre Familien. Im Jahr 2000 wurden weltweit 175 Millionen MigrantInnen gezählt – was ziemlich genau der Einwohnerzahl Brasiliens entspricht. 49 Prozent von ihnen (86 Millionen) sind ArbeitsmigrantInnen. Auf Grund des wachsenden Wohlstandsgefälles und der Überbevölkerung in den armen Ländern wird die Zahl der MigrantInnen weiter steigen. Die sozialen Veränderungen, die die Migration sowohl in den Entsende-, als auch in den Aufnahmestaaten auslöst, können sich destabilisierend auswirken.

Aus diesem Grund hatte der Vorstand des Internationalen Arbeitsamtes (International Labour Organisation – ILO) im März 2002 beschlossen, dass auf der 92. Konferenz – die vom 1. bis zum 18. Juni 2004 in Genf stattfand – das Thema Arbeitsmigration



ILO-Konferenz im Juni 2004

auf der Tagesordnung stehen sollte.

Nach zwei Wochen eingehender Diskussion einigte man sich auf einen Aktionsplan, der ArbeitsmigrantInnen unter den Schutz von internationalen Arbeitsrichtlinien stellen soll. Außerdem sollen sie, wie es in Deutschland schon üblich ist, von der bestehenden nationalen Arbeits- und Sozialgesetzgebung profitieren.

Dafür soll ein freiwilliger, länderübergreifender Rahmen für eine rechtlich gestützte Annäherung an das Thema Arbeitsmigration geschaffen werden und ein von der ILO koordinierter Dia-

log über Migration, in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, entstehen.

Zusätzlich sollen eine regulierte Arbeitsmigration gefördert und Abkommen zwischen Entsende- und Aufnahmeländern geschlossen werden, die unterschiedliche Aspekte der Migration thematisieren, wie beispielsweise neue Zugangswege für reguläre Migration zu finden und die Übertragbarkeit von sozialen Absicherungen zu verbessern.

Nähere Informationen gibt es im Internet unter der Adresse www.ilo.org/public/english/bureau/inf/pr/2004/31.htm

Kontakt:
ILO International Migration Programme
CH-1211 Genf 22
Tel.: +41 22 799 80 91
Fax.: +41 22 799 88 36
E-Mail: migrant@ilo.org
Web.: www.ilo.org

Die folgenden Feiertage werden von verschiedenen Religionen oder Nationalitäten im Juli begangen. All jenen, die feiern, wünschen wir alles Gute.

11.09.-12.09. Lailat al-miradj; in der Türkei Miraç Kandili (Nacht der Himmelfahrt des Propheten): ist nach muslimischem Glauben der Tag, an dem Mohammed im Jahre 621 nach Jerusalem gekommen war. Von dort aus ritt er in den Himmel. Seit diesem Tag ist das tägliche Gebet für alle Moslems Pflicht.

16.09.-17.09 Rosch Haschana (Neujahrstag): erinnert die Juden an den Beginn der Schöpfung. Nach Blasen des Schofar (Widderhorns) - zum Gedenken an Abrahams Widderopfer, welches er anstelle seines Sohnes Isaak darbrachte - hat man 10 Tage Zeit, um sich bei den Menschen, denen man weh tat, zu entschuldigen. **18.09. Ganesh Ghaturthi** (Ganesha-Fest): ist ein mehrtägiges, hinduistisches Fest zu Ehren Ganeshas.

25.09 Jom Kippur (Versöhnungstag): ist der letzte von 10 Tagen der Selbsterforschung und der Reue, heiligster Tag des jüdischen Jahres, der durch Fasten und Beten gekennzeichnet ist. Versöhnung und gute Vorsätze für das kommende Jahr stehen im Mittelpunkt.

Mitmachen

In NRW gibt es rund zwei Millionen AusländerInnen, von denen die Hälfte schon länger als acht Jahre in Deutschland lebt. Rechnet man die knapp 500.000 EU-Bürger ab, die immerhin ein beschränktes Wahlrecht besitzen, bleiben immer noch mehr als acht Prozent der Wohnbevölkerung NRW, die kaum politische Partizipation genießen.

Aber wieso sinkt dann die Zahl der Einbürgerungen seit drei Jahren langsam aber stetig? Zum einen, weil die Angst vor der im Jahr 2000 eingeführten Sprachprüfung immens ist. Zum anderen, weil der rechtliche Informationsstand in den MigrantInnen-Familien zum Thema Einbürgerung oftmals unzureichend ist.

Um dieser Entwicklung entgegen zu steuern, richtete der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband NRW (DPWW-

NRW) das Aktionsbüro Einbürgerung ein, das zur verstärkten Unterstützung und Koordination der örtlichen Einbürgerungsaktivitäten der MigrantInnenorganisationen und anderer Institutionen dienen soll. „Wir haben festgestellt, dass das Thema Einbürgerung auch auf der Tagesordnung der MigrantInnenorganisationen in den Hintergrund geraten ist“, meint Projektleiter Kenan Araz.

Informationen: www.einbuergern.de/Angebote/angebote.htm (Hinweis der Redaktion: auf Groß- und Kleinschreibung achten) Für weitere Informationen kann man die Website www.einbuergern.de besuchen, die auch viele Informationen in türkischer Sprache bietet. Kontakt: Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW, Engelsburger Str. 16, 844793 Bochum. Tel.: 0234 – 9621012, Fax: 0234 - 683336, E-Mail: abe@einbuergern.de



Einbürgern

Zum Thema Einbürgerung stellt der Bereich Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerks umfangreiches Bildungs- und Informationsangebot zur Verfügung. Das sind zum Beispiel die Info-Broschüren „Jetzt handeln – einbürgern, wählen, mitentscheiden“ und „Doppelte Staatsbürgerschaft – so ist es möglich!“ Daneben gibt es zwei Handreichungen „Staatsbürgerschaft hier und anderswo“, in denen die Situation in verschiedenen Ländern verglichen wird und die Handreichung „Staatsbürgerschaft abgegeben – was nun?“

Dazu kommen noch die Module für Bildungsarbeit „Staatsbürgerschaft will gelernt sein“

Schließlich bietet der Bereich Migration & Qualifizierung auch Seminare an, in denen Staatsbürgerschaft und Einbürgerung thematisiert werden.

Informationen und Downloads sind möglich unter: www.migration-online.de/einbuergern

FEIERTAGE

28.09. Mondfest: ist ein buddhistisches Fest, das im ostasiatischen Raum gefeiert wird. Es ist mit dem Erntedankfest zu vergleichen. **29.09-30.09. Lailat al-bara'at;** in der Türkei Berat Kandili (Nacht der Berufung der Propheten): Die Muslime bitten um Sündenvergebung. Sie glauben, dass in dieser Nacht das Schicksal für das kommende Jahr bestimmt wird. **30.09-01.10 Sukkoth** (Laubhüttenfest): erinnert Juden an die vierzig Jahre in der Wüste und das improvisierte Leben der Israeliten in Erwartung des verheißenen Landes. Gleichzeitig ist es ein Dankfest zum Abschluss der Ernte. Am letzten Tag von Sukkoth findet Simchat Thora (Thorafreude) statt. Dies ist der Abschluss der Thoralesung und gleichzeitiger Neubeginn.

KOMMENTAR

von Tuan Ta Minh, Vorsitzender von Diên Hồng e.V.

Integrations-Impressionen aus Nordost-Deutschland



Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache: Auch hier in Rostock leben - wie fast allerorts in den jüngeren Bundesländern - viel weniger Zugewanderte als in fast allen Kommunen der alten Bundesländer. Auch auf Grund der wirtschaftlichen Situation ist unsere Region für viele Zuwandernde nicht sehr attraktiv. Immerhin sind es gegenwärtig bei fast 200.000 EinwohnerInnen an die 11.000 Menschen, die mit einem Migrationshintergrund in Rostock leben. Dabei kommen die größten Herkunftsgruppen aus Vietnam und den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR. Und unter den AusländerInnen haben mehr als 70 Prozent einen auf Dauer angelegten Aufenthaltstitel. Es gibt dennoch Chancen, trotz mancher Widrigkeiten, neu heimisch werden zu können!

Nach den berüchtigten rassistischen Ausschreitungen von 1992 haben viele der Rostocker VietnamesInnen den Kontakt zu Deutschen gesucht und sich nicht ängstlich zurückgezogen. Wir wollten - nun erst recht! - ein gelingendes Zusammenleben mit der Mehrheitsgesellschaft gestalten und gründeten den Verein Diên Hồng als unsere Interessensvertretung. Nach dem jahrelangen politischen und letztlich erfolgreichen Tauziehen um unser Bleiberecht haben wir sehr schnell den Fokus auf

die Wahrung unserer kulturellen Identitäten und explizit auf sprachliche und berufliche Qualifizierung gelegt und konnten mit Hilfe des damaligen Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung trotz steigender Arbeitslosigkeit diese unter den VietnamesInnen minimieren. 1997 öffneten wir den Verein und dehnten unsere Angebote nicht nur räumlich, sondern auch auf alle MigrantInnen aus. Denn natürlich haben Zugewanderte mit einem deutschen Pass aus Nowosibirsk oftmals ähnliche Schwierigkeiten wie MigrantInnen aus Bogota oder Hanoi. Seit 1998 sind wir für die Landesregierung oder die Kommunen im Themenfeld der beruflichen Integration als anerkannter Partner tätig. Dabei kommt uns und anderen MigrantInnen-Vereinen zu Gute, dass sich neben der Verbesserung der räumlichen Infrastruktur auch die gesellschaftliche Anerkennung nicht nur auf Sonntagsreden oder zur Interkulturellen Woche beschränkt, sondern auch die Hansestadt Rostock die Integrationsprozesse aufmerksam und aktiv begleitet. Dafür spricht beispielsweise auch, dass 27 Prozent aller zugewanderten Jugendlichen ein Gymnasium besuchen.

Um die individuellen Stärken von Zugewanderten für berufliche Prozesse zu erkennen und einzuordnen, braucht es

Fachleute und Strukturen. So entstand der IntegrationsFachDienst Migration als Schaltstelle (www.dienhong.de/ifdm.html). Denn die Chancen, Qualifizierung und Arbeit in der Region zu finden, sind alles andere als einfach. Dennoch beobachten wir immer, dass viele der TeilnehmerInnen nach dem Abschluss mit hoher Motivation natürlich das machen, was viele Ostdeutsche weiterhin tun: dorthin gehen, wo es Arbeit gibt. Denn auch die Nischengesellschaften innerhalb der Communities in Nordostdeutschland mit ihren beruflichen Angeboten sind sehr klein. Wir kooperieren eng und verlässlich mit klaren Zielen mit den PartnerInnen aus den Regeldiensten und den Ämtern. Doch legen uns staatliche Restriktionen und Ungleichbehandlungen immer wieder Fesseln an. Will die Politik weiterhin Zugewanderte - besonders aus Drittstaaten - als Menschen anderer Klasse?

Es kann für alle beteiligten Akteure nur weiterhin heißen: Integration ganzheitlich betrachten und danach handeln. Gemeinsam!

Gefördert durch:



Impressum

Herausgeber
DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

Verantwortlich
für den Inhalt: Leo Monz

Koordination
Klemens Büsch

Redaktion
Bernd Mansel (Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

Layout und Satz
Th. Rubbert, Düsseldorf

Druck und Vertrieb
Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf

Erscheinungsweise
Monatlich

Bestelladresse
Der Setzkasten GmbH,
Tel.: 0211/4080090-0, Fax: 0211/4080090-40
E-Mail: mail@setzkasten.de

Zuschriften/Kontakt
DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel: 0211-4301-141
Fax: 0211-4301-137
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de



Bereich Migration & Qualifizierung

Internet-Newsletter boomt

Der Internet-Newsletter des Bereich Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk entpuppt sich allmählich als Renner. Im letzten halben Jahr stieg die Zahl der AbonnentInnen um 40 %.

Der Newsletter bietet online aktuelle

Informationen zu den Themen Migration, Integration, berichtet über die Arbeit des Bereichs. Über Links können zum Beispiel besprochene Tagungsdokumentation oder Broschüren eingesehen und herunter geladen werden.

Ein Archiv der Internet-Newsletter findet sich auf der Seite www.migration-online.de. Dort kann man/frau sich informieren. Wer im Trend liegen und gleich abonnieren möchte, kann dies tun unter: www.migration-online/aboletter.html